

Regierung kürzt aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch

„Immer neue Namen für immer weniger Arbeitsmarktpolitik“

Jochen Wiemken – Quelle: www.spd.de - 25. Mai 2011

Die Bundesregierung hat in einer Reform die Förderinstrumente für den Arbeitsmarkt zusammengestrichen. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will dadurch mehr Effizienz erreichen - und bis 2015 rund acht Milliarden Euro sparen.

Die Zahl der Arbeitslosen wurde mit den heutigen Arbeitsmarktinstrumenten auf aktuell unter drei Millionen gesenkt. Schwarz-Gelb will die Instrumente jetzt massiv zusammenstreichen um Milliarden einzusparen. Das gefährdet die arbeitsmarktpolitischen Erfolge, warnen SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sowie Gewerkschaften, Wissenschaftler und Verbände.

Bundesarbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen will bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis 2015 acht Milliarden Euro einsparen. Das Kabinett hat heute eine entsprechende Vorlage beschlossen. Die von den Einsparungen betroffenen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik helfen vor allem Langzeitarbeitslosen, wieder in den Arbeitsmarkt zu finden.

Nahles: Arbeitsministerin verspielt Riesenchance, Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen

Entrüstet zeigt sich SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Sie wirft der Arbeitsministerin vor, sich vom „Spardiktat“ des Finanzministers leiten zu lassen - ohne Rücksicht auf die Erfordernisse erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik. „Es mag paradox klingen: aber gerade wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt, müssen die Eingliederungsbemühungen für Langzeitarbeitslose verstärkt werden“, so Nahles gegenüber der WAZ. Denn das zentrale Ziel und der Sinn der aktiven Arbeitsförderung sei es, Menschen mit besonderen Eingliederungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen.

„Gerade jetzt brauchen wir eine Arbeitsministerin, die mit Weitsicht und Sachverstand die aktive Arbeitsmarktpolitik vorantreibt.“ Von der Leyen jedoch offenbare sich „als Verschleierungskünstlerin – immer neue Namen für immer weniger Arbeitsmarktpolitik“. Deutschland, so die SPD-Politikerin, habe endlich die Chance, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen. „Diese Riesenchance wird von der Arbeitsministerin leichtfertig verspielt.“

Das Sparprogramm

Den größten Teil der Einsparungen sollen Kürzungen beim Existenzgründungszuschuss bringen. Mit dem Gründungszuschuss werden Arbeitslose unterstützt, die sich selbstständig machen wollen. Im letzten Jahr nutzten ihn fast 150.000 Arbeitslose. Er soll jetzt von einer Pflicht- in eine Ermessensleistung umgewandelt werden. Bisher hatten arbeitslose Existenzgründer Anspruch auf den Zuschuss gehabt, künftig liegt es im Ermessen des Vermittlers, ob man einen Zuschuss erhält. Eingespart werden sollen darüber pro Jahr rund eine Milliarde Euro.

Außerdem kürzt von der Leyen die Zahl der weiteren aktiven Arbeitsmarktinstrumente von mehr als 40 auf rund 30 zusammen. So wird der Kombilohn für ältere Arbeitnehmer, die sogenannte Entgeltsicherung, gestrichen. Auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden eingeschränkt.

Gewerkschaften kritisieren Etikettenschwindel

Nicht nur die SPD, auch Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler kritisieren, dass CDU/CSU und FDP eine Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage planen - zu Lasten der Langzeitarbeitslosen. Die Reform sei wegen ihrer „schweren finanzpolitischen Hypothek“ ein „Etikettenschwindel“, stellte etwa die DGB-Vizechefin Annelie Buntenbach gestern in der „Welt“ fest. „Faktisch droht eine Kürzung der Arbeitsprogramme in bunter Verpackung.“ Die Bundesregierung stehe vor der „Quadratur des Kreises“, wenn sie mit deutlich weniger Geld bessere Eingliederungsergebnisse erzielen wolle.“

Arbeitsmarktforscher halten die meisten Instrumente für wirksam

Maßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen				
Vermittlung durch Dritte	0		✓	✓
Vermittlungsgutschein	+	Mitnahme		✓
Nicht-betriebliche Trainingsmaßnahmen	+		✓	✓
Betriebliche Trainingsmaßnahmen	++	Mitnahme	✓	✓
Berufliche Weiterbildung	+	zeitverzögerte Wirkung	✓	✓
Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung				
Eingliederungszuschuss	++	Mitnahme/Substitution	✓	✓
Gründungsförderung	++	Mitnahme/Substitution	✓	✓
Beschäftigung schaffende Maßnahmen				
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0	Substitution/Verdrängung	✓	✓

Die meisten der bisher eingesetzten Arbeitsmarktinstrumente wie Weiterbildung oder Ein-Euro-Job sind nicht überflüssig, zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Bild: IAB). Kritik kommt auch von den Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In

einer aktuellen Studie stellen sie fest, dass die meisten arbeitsmarktpolitischen Instrumente wirken. So sei die Bilanz des Existenzgründerzuschusses positiv. „Knapp fünf Jahre nach der Gründung sind immer noch 55 bis 70 Prozent der vormals Geförderten in Vollzeit oder Teilzeit selbstständig tätig“, heißt es in der

IAB-Studie. Weitere etwa 20 Prozent würden einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Bisher eingesetzte Arbeitsmarktinstrumente wie Weiterbildung oder die oft kritisierten Ein-Euro-Jobs seien keineswegs überflüssig. Eingliederungszuschüsse, betriebliche Trainingsmaßnahmen und die Gründungsförderung hätten besonders positive Effekte auf die Beschäftigungschancen der Geförderten.

Verbände fordern von Bundesregierung Kurskorrektur

Auch der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. und der Verband der Träger beruflicher Bildung e.V. fordern die Bundesregierung auf, bei der geplanten Reform nachzubessern. Die Bundesregierung müsse insbesondere die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen stärker in den Fokus der Politik rücken.

Bundesarbeitsagentur warnt vor Rotstiftaktionen

Auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, warnt die Bundesregierung vor Rotstiftaktionen zu Lasten der Erwerbslosen. „Wir selbst haben uns eine Überprüfung der Fördermaßnahmen gewünscht, um dezentral deutlich mehr Handlungsspielraum im Interesse der Arbeitslosen zu gewinnen“, sagte Weise der Saarbrücker Zeitung. „Unsere Absicht war nicht, damit Geld zu sparen.“